

Stephan Weil
Niedersächsischer Ministerpräsident

**Beitrag zum Epiphaniias-Empfang der evangelisch-lutherischen
Landeskirche Hannover am 06. Januar 2015**

Anreden,

vielen Dank für die Einladung zum Epiphaniias-Empfang der Hannoverschen Landeskirche.

Ich bin sehr gerne gekommen, ebenso wie schon alle meine Vorgänger zuvor. Der Epiphaniias-Empfang ist eine gute Tradition in doppelter Hinsicht: Mit ihm beginnt nicht nur die Landeskirche ihr neues Jahr, sondern auch die Landespolitik. Dass sich nach einer kurzen Winterruhe die Landespolitik Jahr für Jahr im Kloster Loccum ein erstes Stelldichein gibt, die Hinweise der Kirche mit auf den Weg nimmt, aber auch selbst einen Ausblick auf das neue Jahr gibt, das alles bringt das besondere Verhältnis zwischen dem Land und der Kirche bei uns in Niedersachsen zum Ausdruck.

Wir werden in diesem Jahr einen besonderen Anlass haben, über dieses Verhältnis nachzudenken und uns darüber zu freuen. Am 19. März 1955 wurde hier im Kloster der Loccumer Vertrag zwischen dem Land Niedersachsen und den evangelischen Kirchen geschlossen. Das war der erste umfassende Vertrag zwischen dem Staat und einer Religionsgemeinschaft unter der Geltung des Grundgesetzes.

Er regelt eine Vielzahl von Sachverhalten, vom Religionsunterricht bis zur Kirchensteuer und war damit ein Vorbild für viele andere Staatskirchenverträge, die dem Loccumer Vertrag folgen sollten.

Fast 60 Jahre später scheint mir seine größte Bedeutung aber auf einem anderen Gebiet zu liegen. Der Loccumer Vertrag betont die kirchliche Unabhängigkeit. Der Staat des Grundgesetzes ist konfessionell neutral und die Kirchen sind von ihm unabhängig. Es ist aber ganz und gar keine beziehungslose Koexistenz, die das Land und die evangelischen Kirchen in Niedersachsen seitdem miteinander geführt haben, es handelt sich vielmehr nach meinem Dafürhalten um eine Partnerschaft im allerbesten Sinne. Die Grundlage hierfür sind die wechselseitige Unabhängigkeit, aber vor allem auch gemeinsame Werte, die uns verbinden.

Da ist auf der einen Seite der Respekt vor dem Individuum, dem einzelnen Menschen, dessen Würde für uns grundlegend ist, dessen Freiheit zur Selbstverwirklichung unser gemeinsames Anliegen ist und dessen Schutz vor Bedrohungen der unterschiedlichsten Art uns gemeinsam am Herzen liegt. Und auf der anderen Seite legen wir miteinander – der Staat ebenso wie die Kirche – großen Wert auf die Gemeinschaftsgebundenheit dieses Individuums. Wir Menschen sind soziale Wesen, diese Einsicht trägt die Bibel ebenso wie das Grundgesetz. Deswegen lehnen wir gemeinsam eine bloße Ellenbogengesellschaft ab und fühlen uns verantwortlich, gerade für diejenigen, die den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft benötigen.

Ich habe vor einigen Wochen die Synode der hannoverschen Landeskirche besuchen dürfen. Mir ist dieser Besuch rundherum in positiver Erinnerung geblieben. Nach meinem Eindruck haben wir auf der Basis dieser gemeinsamen Leitplanken in Niedersachsen ein sehr entspanntes, partnerschaftliches und sogar freundschaftliches Verhältnis mit einander aufgebaut, das die Leistungen des jeweils anderen würdigt, aber natürlich auch offen und freundlich Aufgaben anspricht, die erst noch zu erfüllen sind.

Ein solches Verhältnis zwischen dem Land und der größten Glaubensgemeinschaft innerhalb des Landes ist nicht selbstverständlich.

Ich möchte mich dafür sehr herzlich bedanken.

Ich möchte mich bedanken für den Dienst, den Tausende von evangelischen Christen in Niedersachsen an und in der Gesellschaft Tag für Tag verrichten.

Ich möchte mich herzlich bedanken für den guten Rat, den wir als Land immer wieder von der evangelisch-lutherischen Kirche erhalten haben.

Wir werden diesen Rat sicher auch im Jahre 2015 sehr nötig haben.

Anrede,

wenn wir uns am Anfang des Jahres fragen, welche Themen uns wohl in den nächsten Monaten in Atem halten werden, kommt sicher den meisten von uns spontan derselbe Gedanke. 2014 wird mir politisch nur in einer mäßig guten Erinnerung bleiben. Ich kann mich an kaum ein Jahr erinnern, in dem uns eine solche Vielzahl von unterschiedlichen internationalen Krisen in Atem gehalten haben. Die Ursachen dieser Krisen lagen außerhalb der deutschen Grenzen, ihre Auswirkungen haben wir auch innerhalb unseres Landes zu spüren bekommen. Wenn ich über Flucht und Asyl Anfang des Jahres 2015 auf dem Epiphaniastag spreche, bieten sich dafür zwei unterschiedliche Anknüpfungspunkte. Jesus Christus selbst war schon sehr kurz nach seiner Geburt ein Flüchtling, Maria und Josef mussten mit dem Neugeborenen Zuflucht in Ägypten suchen. Und die Jahreslosung lautet: „Nehmt einander an, wie Christus euch angenommen hat zu Gottes Lob.“

Dieser Aufforderung zu folgen, wird das Jahr 2015 viel Gelegenheit geben. Millionen von Menschen auf der Welt sind auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung. Ein Teil dieser Menschen kommt auch zu uns, etwa 200.000 Asylbewerber sind im letzten Jahr bundesweit zu verzeichnen gewesen, davon etwa 20.000 bei uns in Niedersachsen. Das ist eine nahezu

Verdreifachung in nur zwei Jahren.

Ich habe große Hochachtung davor, wie es die niedersächsischen Kommunen - auch unter schwierigen Bedingungen - im letzten Jahr geschafft haben, die Unterkunft dieser Menschen so gut als möglich zu bewerkstelligen. Ich kenne die Finanzierungsprobleme und freue mich, dass es uns gegen Ende des letzten Jahres auf gemeinsamen Druck von Kommunen und Ländern doch gelungen ist, einen Einstieg in die finanzielle Unterstützung des Bundes bei dieser gesamtgesellschaftlichen Herausforderung durchzusetzen. Und vor allem bin ich tief dankbar für das bürgerschaftliche Engagement, mit dem überall in Niedersachsen Bürgerinnen und Bürger die Flüchtlinge aufnehmen und bei ihren ersten Schritten unterstützen. Darunter befinden sich auch außerordentlich viele evangelische Gemeinden und ihre Mitglieder. Bitte richten Sie diesen Menschen den tiefempfundenen Dank des Landes aus. Das ist wirklich eine gelebte Willkommenskultur.

Lassen Sie mich dafür ein Beispiel geben: Gemeinsam mit Frau Schröder-Köpf habe ich kurz vor Weihnachten ein Flüchtlingsheim in Hannover besucht und dabei eine Familie aus Syrien kennengelernt. Sie stammt aus Damaskus und war zwei Jahre auf der Flucht. Drei der vier kleinen Kinder sind schwer krank und bekommen jetzt endlich ärztliche Hilfe. Der fünfte Sohn ist erwachsen und auf der Flucht vor dem IS; seine Mutter ersucht verzweifelt nach einem Weg, ihn nach Deutschland zu holen.

Das alles schreibt nur einige Tage später eine ehrenamtliche Helferin, sie ist übrigens die Frau eines Rabbiners. Und sie schreibt auch, sie fürchte, dass diese Mutter, die wunderbar tapfer ist, irgendwann doch zusammenbricht.“ Wir versuchen jetzt, dieser Familie zu helfen. Ob es gelingt, ist offen.

Offenkundig wachsen aber auch Ängste und Befürchtungen, ob eine solche Zuwanderung für unser Land insgesamt verkraftbar ist. Soweit es sich dabei um dumpfe Ausländerfeindlichkeit handelt, müssen alle Freunde des Grundgesetzes sehr klar und konsequent ihre Ablehnung zeigen.

Unser Staat ist weltoffen und vor allem ist er nicht blind gegenüber der Not von

einzelnen Menschen. Von Anfang an hatte das Grundrecht auf politisches Asyl seinen besonderen Platz in unserer Verfassung und daran müssen wir auch festhalten.

Soweit aber nachvollziehbare Bedenken und Ängste geäußert werden, soweit die Bereitschaft zum Gespräch vorhanden ist, ist es ebenso selbstverständliche Pflicht der staatlichen Repräsentanten darauf einzugehen und ein solches Gespräch zu suchen. Keinerlei Nachgiebigkeit gegenüber Ausländerfeindlichkeit, Nachdenklichkeit gegenüber Sorgen und Ängsten dagegen sehr wohl – das scheint mir der richtige Weg zu sein.

Unabhängig davon sehe ich uns in der Pflicht, beides gleichermaßen konsequent zu leisten: Menschen in Not Zuflucht und Sicherheit zu geben, andere aber respektvoll und konsequent auch wieder zu veranlassen, Deutschland zu verlassen. Es führt nun einmal kein Weg um die Einsicht herum, dass schon die Herkunftstaaten in vielen Fällen klare Hinweise auf die Chancen eines Asylantrages bieten. Es gibt Länder mit einer Anerkennungsquote von 99 %, derzeit natürlich vor allem Syrien und der Irak. Es gibt aber auch Länder mit einer Ablehnungsquote von 99 %, darunter vor allem die Balkanstaaten. Den einen schneller gesicherte Perspektiven in Deutschland zu geben und die anderen konsequent zu veranlassen, wieder zurückzugehen, halte ich nicht nur für legitim, sondern auch für notwendig. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass das Grundrecht auf Asyl am Ende denen zu Gute kommt, für die es gemacht ist.

Bei diesen Menschen wiederum sollten wir uns nicht der Illusion hingeben, sie würden uns sehr schnell wieder verlassen. Wann können wir denn beispielsweise ernsthaft erwarten, dass in Syrien und im Irak oder in Afghanistan wieder Sicherheit herrschen? Die Flüchtlinge von heute sind in vielen, in sehr vielen Fällen unsere Nachbarn von morgen. Dementsprechend liegt es auch in unser aller Interesse, ihnen die Integration in unser Gemeinwesen konsequenter zu ermöglichen, als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Das gilt für das Bildungswesen – viele Flüchtlinge und ihre Kinder werden wichtige Beiträge für unser Land leisten

können. Geben wir Ihnen die Chance dazu!

Das gilt auch für den Arbeitsmarkt, der bislang erstaunlich schnell die Qualifikationen von Zuwanderern aufgegriffen hat. Ich freue mich, dass am Jahresende gerade in dieser Hinsicht zwischen dem Bund und den Ländern noch einmal deutliche Verbesserungen vereinbart werden konnten.

Weltoffenheit und Mitmenschlichkeit, Konsequenz und Klarheit – das sind, so meine ich, gute Orientierungspunkte für den Umgang mit dem schwierigen Thema Flucht und Asyl.

Anrede,

es bedurfte nicht des Jahres 2014 für die Feststellung, dass die Bevölkerung in unserem Land Niedersachsen sich zunehmend ausdifferenziert. Das gilt auch für die Religionsgemeinschaften in unserem Land. Der Terminkalender eines Ministerpräsidenten bringt das immer wieder in Erinnerung: Dort findet sich der Besuch einer Landessynode ebenso wie die Teilnahme an der Wiedereröffnung des wunderschönen Doms in Hildesheim, dort steht der Besuch an einer jüdischen Chanukka-Feier neben der Teilnahme am muslimischen Fastenbrechen. Bei einer Gelegenheit im vergangenen Jahr ist diese Vielfalt für mich noch einmal auf eine besonders schöne Art und Weise zum Ausdruck gekommen. Als wir am 3. Oktober den Tag der Deutschen Einheit in unserer Landeshauptstadt Hannover für die ganze Bundesrepublik ausrichten konnten, war der gemeinsame und bei dieser Gelegenheit erstmals vorgenommene Friedensgruß der beiden christlichen Volkskirchen, der jüdischen Gemeinden und der Muslime in Niedersachsen für mich persönlich während des Festgottesdienstes in der Marktkirche ein besonderer Höhepunkt.

Herzlichen Dank noch einmal für diese schöne Geste!

Nach meiner Überzeugung haben lebendige Religionsgemeinschaften gerade für eine so unterschiedliche Gesellschaft eine große Bedeutung. Menschen, die in ihrem Glauben stehen, sind sich ihrer Wurzeln und ihrer Werte bewusst. Sie und ihre Gemeinden haben eine klare Orientierung auf Nächstenliebe und Solidarität und können anderen diese Orientierung geben. Sie sorgen für Gemeinschaft und können Integration voranbringen. Auf der Grundlage eines unzweideutigen Bekenntnisses des Grundgesetzes ist unser Staat gut beraten, diesen Respekt und diese Wertschätzung auch zum Ausdruck zu bringen.

Deswegen werden wir im laufenden Jahr unsere Gespräche über einen Staatsvertrag mit den muslimischen Glaubensgemeinschaften fortsetzen und hoffentlich auch zum Abschluss bringen. Dabei ist mir im Übrigen auch der Rat der beiden christlichen Volkskirchen, wie aber übrigens auch der jüdischen Gemeinden sehr wichtig. Und übrigens: Ein staatlich anerkannter Feiertag mit allgemeiner Arbeitsruhe aus Anlass eines islamischen Festes ist dabei sicher nicht zu erwarten, allenfalls die Anerkennung von religiösen Feiertagen, die normale Arbeits- und Schultage sind.

Anrede,

lassen Sie mich noch einmal die Jahreslosung zitieren: „Nehmt einander an, wie Christus euch angenommen hat zu Gottes Lob“. Es ist ein guter Ratschlag, den uns diese Jahreslosung für 2015 mit auf den Weg gegeben hat. Allzumal in Niedersachsen, wo Gotthold Ephraim Lessing 1779 von Wolfenbüttel aus mit „Nathan dem Weisen“ und der Ringparabel ein literarisches Denkmal der Toleranz gesetzt hat.

Nicht weniger wichtig ist mir aber ein abschließender Hinweis: Vielfalt gibt Stärke. Es hat schon seinen Grund, dass „Diversity“ in aller Munde ist. Erfolgreich sind Gesellschaften, die nicht im eigenen Saft schmoren, sondern es schaffen, die Begabungen und Talente Anderer mit aufzunehmen und für sich zu nutzen. Die

deutsche Fußballnationalmannschaft hat in ihrer konkreten Zusammensetzung im Jahre 2014 dafür ein besonders gutes Beispiel gegeben.

Eine solche Gesellschaft auf der Grundlage gemeinsamer Werte fortzuentwickeln, wird auch im Jahre 2015 die gemeinsame Aufgabe von Kirche und Staat bleiben. Es ist eine ambitionierte Aufgabe, der wir uns aber im Vertrauen auf eine langjährige gute Partnerschaft optimistisch zuwenden können.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!
